

**Ökumenisches Netzwerk
Asyl in der Kirche Niedersachsen und Bremen
Der Sprecher:innenrat**

Hannover, den 29. Januar 2025

Offener Brief

an die Bundestagsabgeordneten,

Mitglieder des Landtags Niedersachsen und der Bremer Bürgerschaft,

Mandatsträger:innen und Mitglieder der CDU

in Wahlkreisen und Körperschaften Niedersachsens und Bremens

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Mandatsträger:innen, sehr geehrte CDU-Mitglieder, mit Sorge und Erschrecken beobachten wir die eskalierende Rhetorik der CDU-Spitze, insbesondere des Parteivorsitzenden Friedrich Merz, gegen Menschen, die in Deutschland Schutz suchen. Ein sogenannter nationaler Notstand soll die Zurückweisung von Flüchtlingen an den Grenzen rechtfertigen. Der für Freitag zur Beschlussfassung angekündigte Gesetzentwurf würde Flüchtlingen mit subsidiärem Schutz jede Perspektive nehmen, ihre Familien wiederzusehen, wenn sie nicht in unsichere Herkunfts- oder Transitländer zurückkehren.

Viele dieser Flüchtlinge kennen wir persönlich. Sie leben unter bescheidensten Umständen und in großer Angst und Unsicherheit. Seit ihrer Ankunft in Deutschland, in der Hoffnung auf einen sicheren Ort, bemühen sie sich um Kontakt, Deutschkenntnisse, Integrationschancen für ihre Kinder und eigene Beschäftigungsmöglichkeiten. Fast alle haben schlimme Vertreibungsgründe und Fluchterfahrungen erlitten. Länder auf ihrem Fluchtweg wie die Türkei, Bulgarien, Kroatien, Rumänien, aber auch die baltischen Staaten sind für sie mit Polizeigewalt, Pushbacks und menschenunwürdiger Behandlung verbunden. Unabhängige Berichte bestätigen, dass diese Länder keine sicheren Drittstaaten sind. Die Gefahren in ihren Herkunftsländern wie Iran, Afghanistan und Syrien sind unbestritten.

Zu Beginn dieser Woche, in der die CDU ihre Migrationspolitik verschärfen will, haben wir den Holocaustgedenktag begangen. Die Vereinten Nationen haben unter dem Eindruck dieser Verbrechen dem Schutz von Flüchtlingen den Rang eines Menschenrechts gegeben. Mit der Genfer Flüchtlingskonvention haben sich die Unterzeichnerstaaten verpflichtet, darunter Deutschland und die Europäische Union, dieses Menschenrecht einzulösen.

Seit Jahren behauptet die AfD, dass durch die Flüchtlinge in Deutschland ein Notstand entstanden sei. Gezeichnet wird das Bild eines überforderten Staates, der seine Grenzen nicht kontrollieren kann. Das ist falsch, wie alle wissen. Die Abwehr von Flüchtlingen an Europas Grenzen wird immer hermetischer. Im Jahr 2024 haben nun nur noch 230.000 Menschen überhaupt in Deutschland einen Asylantrag stellen können. Die Lage ist entspannter als viele Jahre zuvor.

Die Gewalttaten, die uns alle so erschüttern, haben kaum mit der Menge der Flüchtlinge zu tun. Veröffentlicht sind sehr individuelle und psychiatrische Umstände, auf die Rechtsstaaten

mit Therapie und Strafvollzug, aber nicht mit Abschiebungen reagieren. Aber jetzt müssen die Flüchtlinge ganz generell für viele Probleme herhalten. Die Rhetorik folgt einer gefährlichen Logik: Jemand muss schuld sein an den Schwierigkeiten, in denen Deutschland steckt.

Tief erschrocken hat uns, dass nun auch die CDU die Behauptung eines nationalen Notstandes der AfD übernimmt und damit einen Bruch europäischen Rechts rechtfertigen will. Friedrich Merz, der bei seiner Wahl zum Kanzlerkandidaten der CDU versprach, die AfD zu halbieren, übernimmt ihre Positionen, sodass sie ihm nun zustimmt. Die vermeintliche Halbierung entpuppt sich als ein den Rechtsstaat gefährdender Booster für rechtsextreme Positionen.

Wir bitten Sie inständig: Wehren Sie sich gegen diesen Kurs Ihrer Partei. Er gefährdet die Demokratie und er gefährdet die Zukunft der CDU als einer wertorientierten, christlichen Partei. Noch gibt es eine Chance, diese Entwicklung aufzuhalten. Suchen Sie den Kompromiss mit den anderen demokratischen Parteien. Und sorgen Sie dafür, dass die rechtsstaatlichen Grundlagen Deutschlands und Europas uneingeschränkt respektiert werden.

Eine Partei, die das Christentum zu ihren Wurzeln und Quellen zählt, hat keine Zukunft, wenn sie die Not der Flüchtlinge leugnet und die Wegweisung des Flüchtlingskindes Jesus in den Wind schlägt: „Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen.“ (Matthäus 25,35). Folgen Sie jetzt Ihrem Gewissen.

Selbstverständlich stehen die Unterzeichnenden für ein persönliches Gespräch gern zur Verfügung.

Mit herzlichen Grüßen

Für das ökumenische Netzwerk Asyl in der Kirchen Niedersachsen und Bremen

Lars Ackermann

Hans-Peter Daub

Sven Quittkat

Sebastian Ritter

Ansprechpartner:

Sven Quittkat

Kirchröder Str. 44

30625 Hannover

sven.quittkat@dachstiftung-diakonie.de